

Die Wahrheit über die begünstigte Rückzahlung

Die Wohnbauförderung ist ein soziales Instrument, denn mithilfe der Wohnbauförderung gibt es leistbaren Wohnraum für alle.



LHStv Hannes Gschwentner, Wohnbaureferent des Landes Tirol Foto: Land Tirol/Berger

Eine vorzeitige begünstigte Rückzahlung bedeutet einen Ausverkauf für die Wohnbauförderung der Zukunft. Mit seiner Forderung setzt AK-Präsident Erwin Zangerl die langfristige Sicherung einer gut ausgestatteten Wohnbauförderung zum Nachteil einer künftigen Generation auf's Spiel und verbreitet Unwahrheiten:

Zangerls Behauptung:

Eine vorzeitige begünstigte Rückzahlung ist sozial gerecht.

Die Wahrheit:

Eine begünstigte Rückzahlungsaktion würde zu einem deutlichen Schwund der jährlich zur Verfügung stehenden WBF-Budgetmittel führen und die Wohnbauförderung sukzessive aushöhlen. Gerade im Sinne des Generationenvertrages und der sozialen Gerechtigkeit muss auch in Zukunft ein entsprechendes Förderungsangebot für die Menschen bereitgestellt

werden. Es ist auch nicht gerecht, ein einziges Mal eine begünstigte vorzeitige Rückzahlungsaktion zu starten, denn dann profitieren nur jene, die gerade zu diesem Zeitpunkt finanzielle Mittel zur Verfügung haben.

Zangerls Behauptung:

Von einer begünstigten Rückzahlung profitieren viele.

Die Wahrheit:

Nutznieser einer vorzeitigen begünstigten Rückzahlung der Wohnbauförderungsdarlehen wären nur einige wenige, die ohnehin über genügend finanzielle Mittel verfügen (z.B. durch Erbschaften). Für die Darlehensempfänger von heute und morgen ist es wichtig, Wohnen auch in Zukunft leistbar zu machen und die Mittel der Wohnbauförderung-Rückflüsse sozial gerecht einzusetzen.

Zangerls Behauptung:

In Salzburg wird eine vorzeitige begünstigte Rückzahlung gewährt.

Die Wahrheit:

Das Land Salzburg hat derzeit keine begünstigte Rückzahlung.

Zangerls Behauptung:

Gschwentner unternimmt einen „Raubzug auf das Geld der Arbeitnehmer“

Die Wahrheit:

Tatsache ist, dass in Österreich ein Wohnbauförderungsbeitrag im Ausmaß von 1% der Arbeitnehmer-Einkommen eingehoben wird. Diesen Beitrag teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber je zur Hälfte. Wenn nur das Geld der Arbeitnehmer aus den WBF-Beiträgen für die Wohnbauförderung zur Verfügung stünde, so hätte Tirol im Jahr 2010 € 33,8 Mio. zur Verfügung. Tatsächlich werden aber ca. € 260 Mio. ausgegeben.

Zangerls Behauptung:

Tirols Wohnbauförderung ist schlechter als in anderen Bundesländern.

Die Wahrheit:

Tirol steht im Bundesländervergleich sehr gut da: Andere Bundesländer haben demgegenüber ihre Wohnbauförderungsdarlehen schon massiv verscherbelt oder die Mittel der Wohnbauförderung zur Budgetsanierung zweckentfremdet. Damit höhlen sie die Wohnbauförderung langfristig noch mehr aus.

Zangerls Behauptung:

Gschwentner betreibt unsoziale Wohnbaupolitik.

Die Wahrheit:

Sozial gerecht ist die Abfederung der Darlehenssprünge für Wohnbauförderungsdarlehen nach dem WBF-Gesetz 1984 und die Reduktion der Zinsen für Wohnbausanierungsdarlehen. Nutznießer sind alle Darlehensempfänger. Beide Maßnahmen wurden von LHStv Gschwentner bereits umgesetzt – die Abfederung der Darlehenssprünge für Darlehen nach dem WBF-Gesetz 1991 ist in Vorbereitung.

Zangerls Behauptung:

Gschwentner hat zu verantworten, dass viele Millionen aus der Wohnbauförderung in Tirol für die Zukunftsstiftung und für den Bau des Bahnhofs St. Anton zweckwidrig verwendet und viele Millionen an Wohnbauförderungsgeldern an die Hypo Tirol Bank verpfändet wurden.

Die Wahrheit:

Diese Anschläge auf die Wohnbauförderung sind ein Sündenfall des schwarzen Duos Ferdinand Eberle und Elisabeth Zanon in den Jahren 1997 und 1998 – allesamt Parteifreunde von AK-Chef Zangerl.

Wenn es AK-Chef Zangerl so am Herzen liegt, dass alle Arbeitnehmer „geschenktes Geld“ erhalten, so könnte Zangerl in seinem Wirkungsbereich die AK-Mitgliedbeiträge solange stunden, bis jeder beispielsweise 5.000 € bekommen hat.